

iten
er
ine,
men, und
len, mitteln
darben,
ent vor-
rikate.
to
ente
raen-
effleider,
afen
neuerer
Kuffen,
75, 80 Pf.
toffe
ffler
chemir,
Cronne,
80, 90 Pf.
llfte,
Kuffen.
Realigé-
a-Röcke,
oufen,
oufen
renes und
Herr!
Paul
rdt
se 3.
er,
en, billig
rage 20, v.
iben
en, Meinen
en, Näh-
ambureau,
für
ken
itel,
teu
Schiffel.
th.
J. w.
Verhältn-
ten unter
Herrlein.
und
er
zu ber-
pt. 1/2.
faune
ungsbew-
st wieder
50.
inger
hat ab-
Anstalt
r. 56.
Buller,
unelkäse
angeben
örners.
on,
eiter,
isten,
reio-
onen.
stätt.
4jähr.,
zu ver-
4b. pt.
Drt.
Drt.
Wohn-
t.

Bezugsgebühr
Haupt-Depot
Dresden
Albin Arnold
Berlinerstr. 8.
Vorräthig in Restaurants, Mineralwasserhandlungen u. Apotheken.

Dresdner Nachrichten

**Meyer's Touristen-Anzüge,
Joppen, Mäntel,
Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.**



KRONDORF Haupt-Depot
Dresden
Albin Arnold
Berlinerstr. 8.
Vorräthig in Restaurants, Mineralwasserhandlungen u. Apotheken.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewaarenhaus
Waisenhausstrasse 30.
Eigene Strohhutfabrik. • Neueste Modelle.
Fernsprecher III. 3300.

Dr. J. Schanz & Co.
Patente
Dresden, Soestr. 5. Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, München.
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Ankauf v. Erfindungen.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Mr. 163. Spiegel. Zur innerpolitischen Lage, Hofnachrichten, Katholische Propaganda, Sozialdemokratie und Kris-
trauenlosigkeiten, Teutischer Tabakverein, Barbierinnungstag, Gerichtsverhandlungen. **Donnerstag, 13. Juni.**

Politik

In der inneren Politik herrscht seit dem Schluss des Reichstages sommerliche Stille, die von den Blättern der verschiedenen Parteien durch Betrachtungen über die Zukunft in der Regierung ausgefüllt werden. Die Ueberzeugung ist weit verbreitet, dass auch heute eine starke, einheitlich geschlossene, aktionsfähige Regierung nicht vorhanden ist, sondern dass nach wie vor in Schopfe derselben Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Lösung der schwebenden Tagesfragen vorhanden sind und entgegen-
gesetzte Strömungen die Herrschaft zu behaupten suchen. Darin gehen freilich die Ansichten weit auseinander, welche Minister für diesen angeblichen Mangel an Einheitlichkeit verantwortlich zu machen sind. Je nach dem Parteistandpunkte wird die Beteiligung bald des Einen, bald eines Anderen der am Ruder stehenden Männer gewünscht oder gefordert, und dementsprechend wechseln auch die Gerichte von Ministerkränzen, wobei allerdings bisher, wie es scheint, regelmäßig der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Diejenigen, welche den Reichstagswechsel im letzten Herbst mit lebhafter Genugthuung als den Beginn einer neuen innerpolitischen Aera begrüßt haben, aber der Ansicht sind, dass die nach der Entlassung des Grafen Caprivi berufene Regierung wegen der persönlichen Hinterlassenschaft des verstorbenen Kanzlers noch nicht definitiv feststehen sei, erziehen die Entlassung derjenigen im Amte verbliebenen Minister, die im Caprivischen Reglement eine maßgebende Rolle gespielt haben, in erster Linie also des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern und Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums Herrn v. Bötticher, ferner des Freiherrn Marischall v. Bieberstein, des ersten Bau-
geschliffen bei der Errichtung der Caprivischen Handelsvertragspolitik, und des preussischen Handelsministers Freiherrn v. Verelisch. Ohne Zweifel ist die Position dieser drei Minister heute nicht mehr so unerwünscht, wie sie während der Caprivischen Aera, in der sie sich zu den Hauptvertretern der Anti-Bismarckischen, monarchie-
lichen Politik im Reich und in Preussen ausgebildet hatten. Ob diese drei Männer die Wiedereröffnung des Reichstages in Amt und Würden erleben werden, steht dahin; nur der Wille des Kaisers ist dafür entscheidend. Inwiefern aber doch gerade der Sturz des Grafen Caprivi beweisen, dass dieser Wille, so selbst-
berühmter er auch allemal haben zu erscheinen kommen mag, ganz naturgemäß nicht völlig außerhalb der starken Einflüsse mächtiger Strömungen der öffentlichen Meinung oder der persönlichen Hin-
gebung stehen kann, sondern dass er insbesondere der Kritik, die an den Handlungen der Rathgeber der Krone fortgesetzt geübt wird, zugänglich ist. Das Herr v. Bötticher die Sympathien, die er sich erlangt hat, reichlich durch seine geschickte und erfolgreiche Vertretung der Bismarckischen Politik erworben hatte, in der Folgezeit in allen nationalen Kreisen gänzlich eingebüßt hat, darüber wird man sich im Zweifel auch an allerhöchster Stelle nicht geworden sein. Wenn Herr Bismarck in seiner letzten Rede an die Landtage von Ministern gesprochen hat, die an ihrem Amte „leben“ und von denen nicht zu erwarten ist, dass sie irgend welche landwirtschaftlichen Interessen mit Energie bei ihren Kollegen vertreten, so ist wohl Niemand im Zweifel, welche Persönlichkeit der Altreichskanzler bei dieser Auserkennung insbesondere im Auge gehabt hat. Wenn ein Minister ein volles Jahrzehnt lang für eine bestimmte, scharf ausgeprägte Politik mit dem Aufgebot einer seltenen geschäftlichen, staatsmännischen und rednerischen Befähigung eingetreten ist und hohe Anerkennung dafür gewonnen hat, wenn er dann vier Jahre lang eine in jeder Hinsicht entgegen-
gesetzte und andersgeartete Politik mitmacht und schließlich bei einem neuen Kurswechsel wieder in dem Jahresschweifen einer Politik mitzuwirken bemüht ist, die zu der ersten zurückzuführen sucht, so darf sich ein solcher Minister wohl nicht wundern, wenn man kein Vertrauen mehr zu ihm hat, sondern ihn als einen Mann bezeich-
net, der an seinem Amte lebt, der seine Stellung unter allen Umständen nur um seiner Stellung willen zu behaupten trachtet. Bereits vor drei Jahren voll Herr v. Bötticher um seine Entlassung einkommen sein, die ihm jedoch vom Kaiser angeblich in der schmeichelehaftesten Form abgelehnt worden sein soll. Sehr wahrscheinlich erscheint dies aus inneren Gründen nicht, ebenso-
wenig wie das Gerücht, das Herr v. Bötticher sich auf seinem „etwas exponierten“ Posten nicht mehr behaglich fühlt und sich nach der Stelle irgend einer Provinzialstadt sehnt. Er wolle, so heißt es neuerdings, nur noch die Nordostpreussischen abwarten und sich sodann auf den Ruheposten eines preussischen Oberpräsidenten zurückziehen. Glauben verdient diese Erzählung nicht, so lange nicht der „Reichsanzeiger“ die offizielle Meldung von dem Rücktritt bringt. In gewissen Fällen dürfte doch wohl die Unconfor-
mations-Methode nicht ganz unangemessen sein. In den letzten Tagen wurde das Gerücht verbreitet, Herr v. Lucanus gebe thatsächlich wieder auf. Es versteht sich, der Chef des Civilcabinetts habe dem preussischen Handelsminister v. Verelisch und dessen Kollegen Dr. Hoffe einen verhängnisvollen Besuch abgestattet. Dieses Gerücht hat keinen Glauben gefunden; weit glaubhafter würde indess die Meldung klingen, dass sich Herr v. Lucanus endlich mit der seitdem Schnur bei Herrn v. Bötticher angemeldet hat.
Schon das Beispiel des Herrn v. Bötticher genügt, um darzu-
thun, wie außerordentlich schwierig es für den Fürsten Hohenlohe ist, den Mangel einer starken, einheitlichen Leitung der Gesamt-
politik wie er unter seinem Vorgänger abgewandt hat, zu be-
seitigen. Immerhin ist ein weitestlicher Fortschritt durch die Wieder-
vereinigung des Amtes des Reichskanzlers und des preussischen

Ministerpräsidenten erzielt worden. Die Differenzen und Reibungen, welche früher die Trennung dieser beiden Posten herbeiführte, haben aufgehört; ein Gegensatz von der Art, wie er zwischen dem Grafen Caprivi und dem Grafen Cautenberg bestanden hat, ist nicht mehr vorhanden. Auch lässt sich nicht leugnen, dass in Folge der Regierbarkeit und Anpassungsfähigkeit der noch verbliebenen Hauptkräfte des Caprivismus die vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regie-
rung nicht mehr so heftig und verständig zugeführt zu Tage treten wie früher. Die milde, der Verantwortlichkeit ungenügende Besinnlich-
keit des jetzigen Reichskanzlers mag wesentlich zur Beruhigung beigetragen haben. Ministerkränze, wie sie früher an der Tages-
ordnung waren, sind nicht mehr vorgekommen. Dennoch bleibt der Wunsch nach einer streng geschlossenen Einheitlichkeit der Ge-
samtspolitik im Reich und in Preussen bestehen, und er wird nicht eher verwirklicht werden können, als bis die letzten Anhänger jener monarchiefeindlichen Politik beiseite sind, die der Altreichskanzler soeben als Gegenpart ohne Namen und Art charakterisiert hat. Die Voraussetzung einer einheitlichen Regierungspolitik ist die willenskräftige Einheit in der Leitung der Politik. Eine solche kann aber nur vorhanden sein, wenn an leitender Stelle volle Klarheit über die Ziele vorhanden ist, denen die Minister einmüthig und entschlossen zustimmen sollen. Der Kurs darf nicht ferner un-
berechenbar bleiben, wie es unter dem Grafen Caprivi der Fall war; er muß durch ein deutliches Regierungsprogramm, das keinen weiteren Schwankungen und Durchrechnungen ausgesetzt ist, fest-
gelegt werden. Die bitteren Enttäuschungen, welche die Regierung in der letzten Reichstagskampagne davongetragen hat, dürfen den Fürsten Hohenlohe nicht zur Resignation und zur Inaktivität be-
stimmen. Die Schwierigkeit der innerpolitischen Lage, die Zer-
stückelung unseres parlamentarischen Reichs fordern mehr denn je von der Regierung auf allen Gebieten kraftvolle Entschlossenheit und schöpferische Initiative. Nicht Hohenlohe hat auf dem Berliner Bismarck-Kongresse den Fürsten Bismarck als „die schärfste Kraft der deutschen Einheit“ gefeiert, und dieses Wort soll ihm auch in Deutschland unvergessen sein. „Aber Deutschland“, hebt ein Recht ein nationales Berliner Blatt hervor, „samt auf die schärfste Kraft“ nicht verzichten. Der Aufbruch, das wie fünf Jahre lang einer „schärfsten Kraft“ entstehen müssen, einer Kraft, die wirklich aufzubauen und Tausende zu schaffen vermag, hat sich in unseren öffentlichen Leben in verhängnisvoller Weise fähig gemacht, und Deutschland wird an den Folgen nach Jahren und Jahren noch lange zu tragen haben. Um so mehr wird der Aufbruch der Fürsten Hohenlohe mit der hoffnungsvollen Zuversicht begrüßt, dass eine schärfste Kraft, wenn auch nicht an die des großen Erbanses des Reichs heranreichend, wiedererstandene ist. Diese Hoffnungen mügen in Anbetracht der „Gesamtverhält-
nisse“ überaus geringfügig und überflüssig gewesen sein, nach einem rük-
läufigen Wege von fünf Jahren vor der Wende, die Staatswegen mit Energie und harter Initiative wieder vorwärts gerührt zu sehen, leichter auszusprechen als erfüllt, zumal mit einem Parlamen-
t, das nur unter der Führung einer sehr starken Regierung noch zu positiven Leistungen befähigt ist. Es liegt aber hier die Frage nahe, ob es nicht die wichtigste Aufgabe für die neue Regie-
rung gewesen wäre, zunächst mit ganzer Energie günstige Ver-
bedingungen für eine solche Erneuerung zu schaffen. Der Versuch, sich nach der nun einmal vorhandenen politischen Lage zu richten, ist begreiflich und erklärlich, aber er reicht nicht aus, um das öffentliche Vertrauen mit den besten Impulsen, deren es unbedingt bedarf, zu beleben und der Nation das Gefühl wiederzugeben, dass mit der neuen Regierung auch die lange und bang vermisste ent-
schlossene Führerschaft an der Spitze der Geschäfte zurückgekehrt sei. In dem Maße, als es dem Fürsten Hohenlohe gelingen wird, in der Nation dieses Bewusstsein wieder zu beleben, wird er die Bedin-
gungen des Erfolges wachen und den Optimismus sich mindern lassen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Juni.

Berlin. Der Kaiser nahm heute mit dem Erzherzog Franz Salvator von Oesterreich Impensbesichtigungen vor. Abends fand zu Ehren des Erzherzogs ein Fest an der Hauptinsel statt. — Der Dresdener Correspondent der „Kreuz-Ztg.“ erzählt sicher, dass die sogenannte chinesische Antenne in Paris fertig geworden. Russland werde China jedoch nur den kleinsten Theil davon aus-
zahlen, da der Hauptbetrag China bereits früher zu bezugszwecken vorgezogen sei. Russland werde seine Auslagen, Landabtretungen Chinas an Russland für den vorläufig nicht statt. — Im Kolonial-
rath theilte Reichthal Hofmann mit, dass das Topographische eine Drahtleitung aus Wüthelbe erhalten habe, wonach Dr. Bruner mit Dr. König dort angekommen sei und einen Vertrag mit dem Sultan von Gando am Niger mitgebracht habe. Der Kolonial-
rath verliest dann die ihm vorgelegte Denkschrift über das in den deutsch-afrikanischen Schutzgebieten den Eingeborenen gegenüber zur Anwendung kommende Strafrecht und Strafverfahren. Die Besprechung erachtete nach längerer Debatte die Zeit zu einer allgemeinen Regelung der Sache für alle oder einzelne Schutz-
gebiete vor der Hand noch nicht gekommen, beschloß jedoch eine Kommission niederzusetzen, welche Vorschläge über die Grundzüge hinsichtlich der Verhängung schwererer Strafen machen soll. Es wurde ferner in die Verlesung eines Antrages des Herrn v. d. Heydt eingetreten, welcher Bestimmung einer Unterabtheilung des Weiterbaus der Wamborabahn von Reichswegen durch den Kolonialrath bezweckt. — Der hiesige Magistrat hat beschloßen, gegen die „Köln. Volksztg.“ den Strafantrag wegen verlesenderischer Beleidigung zu stellen, weil sie in einem Artikel über die Vorgänge im Alexianerkloster zu Wachen gelagt habe: „Wenn der Berliner Magistrat ordentlich wäre, dann würde er finden, dass die An-
stände in seiner Anstalt zu Waldorf auch nicht besser seien.“ Die „Köln. Volksztg.“ schreibt in ihrer heute vorkommenden Nummer: „Die „Köln. Volksztg.“ läßt uns behaupten, in Marienberg seien die Patienten verunruhigt ebenso gut geküsst worden, wie in Wald-
dorf. Ein Blick in unsere Nummer 370 wird die Redaktion des Blattes hoffentlich zu einer Richtigstellung veranlassen. Wir haben nichts von Marienberg, sondern ausdrücklich von dem Alexianer in Berlin geschrieben, die bekanntlich gerade in diesen Tagen von der heftigen „Berliner Abendpost“ ein sehr gutes Zeugnis be-

kommen haben. — Der Landtagsabgeordnete Freiherr v. Dietgen ist gestern auf der Reise nach Berlin verunglückt. Durch einen Unfall stürzte er aus dem Wagensattel des Juges und blieb auf der Straße liegen. Als der Unfall bekannt war, wurde bis zur Unglücksstätte zurückgefahren und der Verunglückte wieder aufge-
nommen. Er hat indess keine lebensgefährlichen Verletzungen er-
litten, und ist nach der Ankunft in Berlin in eine Klinik befördert worden.
Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Verlesung des Stempelsteuergesetzes fort. Eine längere Debatte entspann sich über den Abtheilungsentwurf. Ein Antrag des Grafen Limburg-Stürum, nach welchem bei Abtheilungsentwürfen der Stempel-
pflichtige berechnigt sein soll, zu verlangen, daß der Stempel ver-
pflichtete gesundet und durch eine Prozentige 24 Jahre lang jähr-
liche Rente amorphisiert werde, wurde abgelehnt, nachdem auch Finanzminister Dr. Mühl sich dagegen erklärt hatte. Weiter-
berathung Freitag. — Bezüglich der durch den Wächter Kroetz in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getretenen Frage der Keim des Argenzweises äußert ein Berliner Blatt, daß an-
zuständiger Stelle folgende Räte bestehen: Die Keime soll sich, soweit sie sich auf das rein medizinische Gebiet bezieht, vorläufig nur auf Preussen erstrecken, da eine reichsweite Regelung dieses Theils noch starke Hindernisse entgegensteht, die auf Kom-
petenzdenken der Einzelstaaten beruhen. Zunächst soll das preussische Ministerium im Alexianer, und bezüglich des Argenzweises in Preussen, einer gründlichen, den modernen wissenschaftlichen und humanen Anforderungen entsprechenden Reorganisation unterzogen werden. — Der Interpellation an das Abgeordnetenhaus wegen der Vornahme im Alexianerkloster in Marienberg ist auch die konservative Partei beigetreten. Vor-
nächster Woche wird die Interpellation indess nicht auf die Tages-
ordnung kommen. — In dem Verfahren gegen den Baron v. Reichach und den Herrn v. Ache bezüglich des Duells, bei welchem der Letztere verunehrt worden ist, hat heute vor dem Berliner Militärgericht der Haupttermin stattgefunden. Ueber den Urtheilspruch, welcher der Bestätigung des Kaisers unterliegt, ver-
lautet bei der absoluten Geheimhaltung des Verfahrens noch nichts. — In der Verlesung des Paul Friedmann's, der seiner Zeit eine Judenrolle am witten Meer begangen wollte, damit aber Schimpf erlitt, gegen den Herausgeber der jüdischen „Berliner Reichs-Zeitung“, der deshalb Friedmann selbst angeklagt hatte, wurde Reichs-Zeitung in 20 Mark Geldstrafe verurtheilt. Einen Theil der gegen Friedmann erhobenen Beschuldigungen soll das Gericht für erwiesen an-
erkennen. — Die „Post“ weist in einem officiös inspirierten Artikel die Angriffe zurück, welche wegen der ästhetischen 10-Mil-
lionen-Anleihe gegen die deutsche Regierung erhoben worden sind. Es handle sich um eine russisch-jüdische Anleihe, zu der die Mittel von einigen französischen Bankhäusern an Russland vorge-
streckt werden. Russland allein habe der chinesischen Regierung das Geld angeboten und es könne ihr gegenüber als der ausschließ-
liche Darlehensgeber. Die „Post“ äußert: Die deutsche Regie-
rung hatte sich nicht verwehrt, sich in Einzelheiten bezüglich man-
nigfachen Transaktionen einzumischen, aber allerdings aus allgemeiner-
wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen den Grundsatze ausgehelt, daß nur eine solche chinesische Anleihe in Deutschland geschlossen werden kann, bei der der deutsche Geldmarkt in allen Punkten als gleichberechtigter Partner mit voller Parität Theil nimmt. Diese Grundsatze hat damals allgemeine Zustimmung gefunden und es ist daher unverständlich, wie man es jetzt als eine Niederlage der deutschen Regierung ansehen kann, daß einige Pariser Bankhäuser sich bereit fanden, Geld zu einem russisch-jüdischen Geschäft vor-
zutraden. Die Summe von 10 Millionen Pfund Sterling ist allerdings das Geldbühnenstück Chinas so klein, und der deutsche Geldmarkt für mancherlei andere Operationen so unerschöpf-
lich, daß dieselbe sich nicht zu Geschäften drängen braucht. Hi-
ben ein dicker Eisauf vermöge der Uebnahme von Garantien die maßgebende Stimme bezüglich der Verwendung des Geldes hat. Die Behauptung, es sei bei jedem Geschäft der Anleihe Deutschlands von ähnlichen Anleihen verabschiedet worden, beruht auf Verblendung. Für während erachtet wird die Nachricht, daß in Paris die Verleihung des deutschen Marktes an den Geldmarkt gewünscht wurde, diese Wunsch aber hier keine Gegenüber ge-
standen hat.
Berlin. Auf Anordnung der Minister für Kultus und des Innern ist die Selbstverwaltung des Alexianerklosters Marienberg landespolizeilich gelöst worden.
Trier. Auf Bismarck empfing heute die Ober-
bürgermeister der badischen Städte Karlsruhe, Baden, Baden, Birm-
bach, Kottbus, Heidelberg, Lahr, Freiburg, Mannheim und Pforz-
heim, welche den gemeinsamen Oberbürgermeister dieser Städte be-
auftragten, die Oberbürgermeister Ehrenbürgerrechte sowie die Bedienung des Fürsten Bismarck, dem überdies die Ver-
bürgermeister von ihm den Ehrenbürgerrecht dieser Städte. Fürst Bismarck dankte und gab seine Freude über die anerkennende Erwähnung der inneren Einmüthigkeit Deutschlands kund. Während seiner Erwiderrungsanrede legte er sich mit der Hoffnung, daß kein Schaden ein längerer Leben ihm nicht gefalle, er sei ein Parameter geworden, jeder Bitterungseinfluss mache sich bei ihm fühlbar. Er schloß mit einem Hoch auf den Kaiser und den Reichstag.
Münster. In Aalen erkrankte der Witt und Veronien, bei Wiedenbrück eine Frau.
Gera. Nachsicht Genehmigung des Verkehrs der Saale-Valley und der Weimar-Geraer-Bahn wird der Reichstag und der Reichs-
Landtag am 27. Juni bezw. 8. Juli zuunehmen.
München. Der Prinzregent hielt heute Vormittag große Parade über die Münchner Garnison ab. In der anwesenden Suite befanden sich auch die zur Zeit hier anwesenden österreichischen Tringener-Minister, darunter der Fürst von Tilly.
Stuttgart. In der zweiten Kammer erklärte der Finanz-
minister, von der Ueberzeugung geleitet, daß eine gedeihliche Wirt-
schaft eine der Grundbedingungen für die gesunde Volkswirtschaft bildet und in Würdigung der nicht zu bestreitenden Thatfache, daß das Deutsche Reich eine solche bräute, ferner in der berechtigten Ver-
sicherung, daß jeder Schritt, der dazu beizutragen vermag, die empfindlichsten Hindernisse in den wirtschaftlichen und finanziellen Verhält-
nissen hinwegzuräumen könnte, endlich in Erwägung, daß keiner der zur Lösung des Silberwertes unter Aufhebung der Goldbeschränkung gemachten Vorschläge als zum Ziel führend anerkannt werden könnte, ist das Staatsministerium der Ansicht, daß das Deutsche Reich die Initiative zu einer Münzreform; behufs internationaler Regelung der Währungsfrage nicht ergreifen solle und daß daher dem Beschlusse des Reichstages keine Folge zu geben sei. Von dieser Auffassung abzuweichen habe die Regierung keinen Grund. Ein

Am billigsten erneuert Jeder 20 Mk. Reinhardt Loupolt Pressluftreifen. Dresden.